Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (entsprechend 1/4 des zweispaltigen Teils einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur bis vormittags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 3.

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH. Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 633. Sprechstunden: Montags 18—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 13. August 1931 | Nummer 140

Hetze zur Ablenkung vom Hunger!

Die „Dresdner Nachrichten" fordern Todesstrafe gegen revolutionäre Arbeiter / Tolle Lügenkampagne gegen die KPD

Protestbeschlüsse Dresdner Betriebsarbeiter

Dresden, 13. August.

Die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses, die Auflösung kommunistischer Versammlungen, die unverhüllten Verbotsdrohungen gegen die KPD und die revolutionären Massenorganisationen durch die sozialdemokratische Preußenregierung bezw. die bürgerliche Presse zu einer beispiellosen Steigerung ihrer berufsmäßigen Kommunistenhetze. Die heutigen „Dresdner Nachrichten" übertreffen sich selbst durch die Aufstellung der Forderung auf Todesstrafe für revolutionäre Arbeiter. Diese Hetze dient der Vorbereitung der neuen politischen und sozialen Unterdrückungs- und Ausplünderungsmaßnahmen der Bourgeoisie und ihrer „nationalen Selbsthilfe". Das Echo innerhalb der Arbeiterschaft ist jedoch trotz der blutrünstigen Hetze ein ganz anderes als es sich die herrschende Klasse und ihre Soldschreiber träumen lassen. Schon liegen die ersten Betriebsarbeiterresolutionen vor, die sich gegen die antikommunistischen Unterdrückungsmaßnahmen und gegen die neuen reaktionären Ausplünderungspläne wenden. Diese Beschlüsse und Entschließungen müssen in allen Versammlungen, auf allen Stempelstellen, draußen aber in allen Betrieben diskutiert werden, überall muß den geifernden Feinden der Arbeiterklasse der Kampfruf der Arbeiter entgegenschallen!

An der Spitze der Mobilisierung stehen die Dresdner Gemeindearbeiter, die in einer gemeinsamen Belegschaftsversammlung folgende Entschließung einstimmig annahmen:

„Die am 11. August im Keglerheim versammelten Gemeindearbeiter erheben den schärfsten Protest gegen die Besetzung des Büros des ZK der Kommunistischen Partei (Karl-Liebknecht-Haus in Berlin). Die Versammelten erkennen, daß dieser unerhörte Vorstoß gegen die KPD ein Anschlag gegen das klassenbewußte Proletariat ganz Deutschlands ist. Sie fordern deshalb alle Werktätigen in Betrieb, Büros und Stempelstellen auf, sofort zu diesen Terrormaßnahmen Stellung zu nehmen und durch wuchtige Kundgebungen zu zeigen, daß sie entschlossen sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Kampf zu führen gegen

Terror, Lohn- und Unterstützungsraub gegen alle Feinde des Proletariats."

In den neuen, reaktionären Abbauplänen wurde ebenfalls einstimmig eine Entschließung angenommen in der festgestellt wird, daß

durch die Notverordnung vom 5. Juni bei den Gemeindearbeitern eine Lohnkürzung von mindestens 10 bis 12 Mark wöchentlich erfolgt, daß die neuen Pläne den Gemeindeverwaltungen zum Abbau der Regiebetriebe und zu weiteren Massenentlassungen führen werden, daß durch die Haltung der reformistischen Bürokratie des Gesamtverbandes die Schlagkraft der Arbeiter gelähmt werden soll und die kapitalistische „nationale Selbsthilfe" auf Kosten der Massen durch die antikommunistische Hetze verbrämt wird.

Demgegenüber fordern die Gemeindearbeiter alle Kollegen auf, Kampfleitungen zu wählen und jeden Angriff auf ihre Lebenshaltung mit der Waffe des Streiks zurückzuschlagen. Auf dieser Grundlage wird die Einheitsfront aller Arbeitskollegen gegen die neuen Ausplünderungs- und Unterdrückungspläne der herrschenden Klasse hergestellt werden.

Die Belegschaft der Firma Leimbrock u. Lickroth nahm einstimmig bei einer Enthaltung eine Entschließung an, in der der schärfste Protest gegen die Polizeimaßnahmen erhoben wird und die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses als ein Schlag **gegen die gesamte Arbeiterschaft bezeichnet wird.**

Diese Kampfentschließungen der Betriebsarbeiter sind Symptome der Mobilisierung der Massen, die sich gegen den neuen Ausplünderungsfeldzug der herrschenden Klasse zur Wehr setzen. In diesem Kampfe zeigt sich die wahre Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer mit den erbittertsten Klassenfeinden des Proletariats. Während die Arbeiterschaft gleich welcher Parteirichtung, in den Attentaten auf die Kommunistische Partei, die revolutionären Massenorganisationen und ihre Presse mit Recht einen Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft sieht, unterstützt die sozialdemokratische Führung den Terror um damit ihren eigenen Verrat zu verdecken. Auf der Grundlage der Hetze gegen die Kommunistische Partei und die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung finden sich die Hitler, Hugenberg mit den Braun, Severing und Wels.

Nichts kennzeichnet besser die sozialdemokratische Einheitsfront mit Hugenberg, als die „Begründung" des heutigen Leitartikels der Dresdner Nachrichten, in dem die Hugenberg-Journaille ausdrücklich unter Hinweis auf die „Berechtigung der preußischen Bedenken" ein Verbot der KPD für ungenügend erklärt und die Tötung der revolutionären Arbeiter verlangt. Ganz im Stil der Vorwärts-Mordhetze schreibt das Hugenbergblatt:

„Allerdings — insoweit sind die preußischen Bedenken berechtigt — genügt unter den heutigen Umständen ein einfaches Verbot der KPD nicht mehr . . zum Schutze des Staates und des Volkes ist ihre (Todesstrafe) Androhung und Anwendung in diesem Falle ein Gebot wahrer Menschlichkeit.

Mit ihren Taten haben sich die roten Mörder und ihre Gesinnungsgenossen außerhalb des Rahmens der menschlichen Gesellschaft gestellt. Diese Tatsache muß der Maßstab für die Art der Verfolgung und für ihre Sühne sein. Eher wird nicht Ruhe in Deutschland."

Diese Hetze soll der Verschleierung der neuen Unternehmeroffensive, des erneuten Raubes an Arbeit, Lohn und Unterstützung dienen. Der Mahnruf der Kommunistischen Partei zum Kampf gegen die neuen Pläne soll erstickt werden. Neben dem Verbot der kommunistischen Presse wird die Verhaftung kommunistischer Funktionäre aus nichtigen Gründen, das Verbot und die Auflösung kommunistischer Versammlungen zu einem ständigen Tagesordnungspunkt. Auch die **gestrige Versammlung in Dresden-Cotta wurde von der Polizei aufgelöst,** nachdem zwei von der Sozialdemokratie zur KPD übergetretene Arbeiter gesprochen hatten und der kommunistische Redner die Bedeutung der Vorgänge erörtern wollte.

Die deutsche Arbeiterklasse weiß, was für sie auf dem Spiele steht. Sie weiß, daß der Kampf gegen die Lügenhetze, Terror und die Unterdrückung aufs engste verknüpft ist mit ihrem Kampf um Arbeit und Brot.

Burgfrieden um Brüning

Besprechung Hugenberg-Brüning — Schwergewicht auf die Faschisten — Ohrfeigen für die SPD — „Vaterländische Zusammenarbeit" der Wels-Seldte-Front

Nach der Unterredung, die Hugenberg kürzlich mit Hindenburg hatte, findet in den nächsten Tagen eine **Zusammenkunft zwischen Hugenberg und Brüning** statt. Ihr Zweck ist, die **„Zusammenarbeit aller vaterländisch gesinnten Kräfte"**, womit auch die SPD gemeint ist, zu verstärken.

In der Tat bedeutet die Aussprache Hugenbergs mit Brüning den **Versuch der Brüning-Regierung, sich mehr als bisher auf die Deutschnationalen und die faschistischen Hilfstruppen, den Stahlhelm und die Nazis zu stützen.** Es ist darum verständlich, weshalb die SPD-Presse ziemlich wenig darüber berichtet. Natürlich bedeutet das nicht, daß Brüning und die hinter ihm stehenden Teile der Bourgeoisie auf die **wertvolle Hilfe, die die Sozialdemokratie und die Führer der Lohnabbau-Gewerkschaften bei der Durchführung der Brüning-Politik** geleistet haben, verzichten wollen. Das bedeutet nur, daß die Brüning-Regierung zur Durchführung ihres weiteren **Programms der Notverordnungen und der Knebelung des arbeitenden Volkes sich eine breitere Basis zu schaffen bestrebt ist.**

Nichts zeigt deutlicher die **Verlogenheit der SPD-Presse, daß durch den Ausgang des Volksentscheids die Reaktion geschlagen** worden sei, als diese Bemühungen der Brüning-Regierung um die „nationale Opposition". Diese Bemühungen enthüllen zugleich mit aller Schärfe, daß der Volksentscheid in Wahrheit eine rote Volksbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei war. Die Brüning-Regierung zieht aus dieser Volksbewegung andere Lehren, als wie sie die SPD-Presse den sozialdemokratischen Arbeitern zu servieren wagt. Das geht auch deutlich aus der Stellung der Zentrums-Presse zum Ausgang des Volksent-

Schluß mit Hitler! Her zur KPD!

Von Herbert Hensel, bisheriger Betriebszellenleiter der NSDAP Sachsen

Nach 10jähriger Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter"-Partei und als bisheriger Gaubetriebszellenleiter des Gaues Sachsen habe ich mich zu einem Schritt entschlossen, dessen Bedeutung mich zur Abgabe dieser öffentlichen Erklärung zwingt. Wenn ich als der dienstälteste Pg. der Ortsgruppe Dresden-Löbtau mich entschlossen habe, die Partei Hitlers und Mutschmanns zu verlassen und der Kommunistischen Partei Deutschlands ein Gesuch um Aufnahme in ihre Reihe zu unterbreiten, so geschah das nach schweren Gewissenskonflikten. Als ich in die Reihen der NSDAP eintrat, in der Ueberzeugung, hier die Partei gefunden zu haben, die den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten den Weg zu einer menschenwürdigen Zukunft weist, hielt ich es nicht für möglich, daß Bonzendiktatur diese Partei von oben bis unten zerfressen und zersetzen könnte. Erst als ich zu fühlen bekam, mit welchem Hochmut sondergleichen die offiziellen Führer der Partei, insbesondere der Fabrikant Mutschmann, auf die Proletarier in unseren Reihen herabsehen, dämmerte mir die Ursache dieses Zustandes:

Eine „Arbeiter"-Partei, die gleichzeitig den Interessen von Prinzen, Generälen, Großpensionären der kapitalistischen Republik und schwerverdienenden Unternehmern und denen der einfachen, vom internationalen und nationalen Kapital ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten dienen will, kann es nicht geben, oder es ist eine Betrügerpartei, wie sie die NSDAP eben darstellt.

Endgültig zerronnen sind auch meine Hoffnungen, daß der Parteiführer Adolf Hitler ein Mann anderen Schlages sei wie der sächsische Führer Mutschmann, dessen Praxis ich zur Genüge kennen gelernt habe. Gerade den Kameraden, den Proletariern in der SA und der SS, die diese Hoffnung noch besitzen, muß ich jedoch erklären, daß diese Hoffnung sich als trügerisch erwiesen hat. In den Versammlungen, in denen ich sprechen werde, werde ich mich nicht scheuen, einschlägiges Material über die Führerdiktatur, die auf dem Geldsack aufgebaut ist, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Aber auch die Rolle, die gegen meinen Willen die Parteigenossen in den Betriebszellen der NSDAP spielen sollen, werde ich aufzeigen müssen, um die deutsche Arbeiterschaft vor ebenso schwerem Schaden zu bewahren, wie dem der verräterischen Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbonzen. Gerade in meiner Praxis als Organisator der in den Betrieben stehenden proletarischen Anhänger der NSDAP habe ich sehen müssen, daß Mut und Selbstaufopferung, echte Solidarität und wahrhaft genossenschaftliches Empfinden gerade bei denen zu finden war, die mir auf Hitlers und Mutschmanns Befehl aufs schärfste bekämpfen mußten — bei den Kommunisten. Daß ich deshalb, weil ich daraus die Konsequenzen zog, in dem Mutschmann-Blatt sogar des Diebstahls und der Unterschlagung bezichtigt werde, das kennzeichnet nur die Erbärmlichkeit der Kampfmethoden der Verantwortlichen. Zehn Jahre lang war ich den Leuten gut genug, Arbeit für sie zu leisten. Als ich dann meine Zweifel offen bekannte, hat man mich — und zwar wenige Tage, bevor diese Beschuldigungen im Freiheitskampf aufgegriffen wurden — als Betriebszellenleiter des Gaues nach Ostpreußen versetzen wollen. Freiwillig verzichtete ich auf diese bezahlte Mundtotmachung und erklärte meinen Austritt aus der Partei, hatte allerdings vorher den guten Gedanken, die Kassenrevision vornehmen zu lassen, und nun befindet sich, offenbar zum Leidwesen Mutschmanns und des Freiheitskampfes, die ordnungsgemäße Quittung in meinem Besitz, die jederzeit bei mir eingesehen werden kann, und in der wörtlich zu lesen steht, daß Anlaß zu Beanstandungen nicht gegeben ist und daß die Buchungen sowie der Kassenbestand in Ordnung sind.

Unbeirrt von diesen infamen Kampfmethoden werde ich meinen Weg gehen. Die Erkenntnis, daß nur eine klare Klassenpartei wie die Kommunistische Partei den deutschen Arbeitern den Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit zeigen kann und die gleichzeitig gewonnene Erkenntnis, daß es hinter allen Grenzpfählen Ausbeuter und Ausgebeutete gibt und daß die Lösung der nationalen Frage als Vorbedingung die soziale Befreiung der werktätigen Massen vom kapitalistischen Joch hat, all das hat mich bewogen, meinen Uebertritt zur KPD zu vollziehen. Als einfacher Soldat in den Reihen der roten Klassenfront werde ich jetzt versuchen, meine frühere Schuld wieder gutzumachen und durch Aufklärung der besten meiner ehemaligen Parteigenossen der Kommunistischen Partei neue Kämpfer für das große Ziel zuzuführen.

Morgen spricht Hensel im Gasthof Wölfnitz

und bei Watzke, Leipziger Str., 20 Uhr, über: Die NSDAP und ihr Verrat an der Arbeiterklasse

SLUB
Wir führen Wissen.